
08/2014**Amtliches Mitteilungsblatt
der BTU Cottbus-Senftenberg****24.10.2014**

I n h a l t

- | | Seite |
|--|-------|
| 1. Zweite Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Fakultät
Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik vom 23. Oktober 2014 | 2 |
| 2. Neubekanntmachung: Promotionsordnung der Fakultät Umweltwissenschaften
und Verfahrenstechnik vom 23. Oktober 2014 | 3 |

Zweite Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik

vom 23. Oktober 2014

Nach § 5 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 31 Abs. 3 Satz 5, § 72 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg – Brandenburgisches Hochschulgesetz (BbgHG) vom 28. April 2014 (GVBl. I/14, Nr. 18) – gibt sich die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) folgende Satzung:

Artikel 1 Änderungssatzung

Die Promotionsordnung der Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik vom 02. November 2011 (veröffentlicht im Amtsblatt 02/2012) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

¹Durch die Fakultät können der Grad

1. des Doktors der Ingenieurwissenschaften (Dr.-Ing.),
2. des Doktors der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.),
3. des Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) und
4. des Doktors der Rechtswissenschaften (Dr. jur.)

verliehen werden.

2. § 1 Abs. 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

³Der Grad eines Doktors der Rechtswissenschaften (Dr. jur.) kann nur in Kooperation mit einer rechtswissenschaftlichen Fakultät einer anderen Universität, die zur Verleihung des Grades eines Doktors der Rechtswissenschaften berechtigt ist, verliehen werden.

3. § 1 Abs. 3 Satz 7 wird wie folgt gefasst:

⁷Der Doktorgrad nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 wird mit dem Zusatz „E.h.“ (Ehren halber) und die Doktorgrade nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 3 und 4 und Satz 2 werden mit dem Zusatz „h.c.“ (honoris causa) verliehen.

4. In § 1 wird folgender Abs. 4 neu eingefügt:

Der Grad eines Doktors der Rechtswissenschaften kann auf dem Fachgebiet des Öffentlichen Rechts erworben werden.

5. In § 2 Abs. 2 wird die fehlende Satzzahl-angabe vor Satz 4 ergänzt.

6. § 4 Abs. 4 Satz 1 wird wie folgt geändert: Die Angabe „Absatz 1 Nr. 5“ wird ersetzt durch die Angabe „Absatz 1 Nr. 3“.

7. In § 4 Abs. 4 wird die fehlende Satzzahl-angabe vor Satz 4 ergänzt.

8. § 6 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

¹Mit der Annahme erhält die Bewerberin oder der Bewerber den Doktorandenstatus und ist verpflichtet, sich auf der Grundlage der Immatrikulationsordnung zu immatrikulieren; diese Pflicht gilt nicht im Falle von § 17 Abs. 1 Satz 2 der Immatrikulationsordnung i.d.F. d. Bekanntmachung v. 17.08.2005, ABI. BTU Cottbus 20/2005, S. 7 ff. (16).

9. In § 8 wird folgender Satz 4 neu eingefügt:

⁴Im Falle des § 1 Abs. 2 Satz 3 muss die Dissertation von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer der BTU betreut werden, die oder der ein rechtswissenschaftliches Fach in Lehre und Forschung vertritt und der oder die die Voraussetzungen des § 41 Abs. 1 Nr. 4 a) BbgHG erfüllt, die in einem Berufungsverfahren nachgewiesen worden sind.

10. In § 10 Abs. 2 werden die fehlenden Satzzahlangaben vor Satz 1 und Satz 2 ergänzt.

11. In § 11 wird folgender Abs. 3 neu eingefügt:

(3) ¹Abweichend von Abs. 1 Satz 1 bestellt der Promotionsausschuss für die Prüfung der Dissertation in Verfahren nach § 1 Abs. 2 Satz 3 mindestens zwei Gutachterinnen oder Gutachter, von denen mindestens eine oder einer an der BTU ein rechtswissenschaftliches Fach in Lehre und Forschung vertritt. ²Abs. 2 gilt entsprechend.

12. In § 13 Abs. 2 wird die fehlende Satz- zahlangabe vor Satz 6 ergänzt.

**13. In § 14 Abs. 1 wird die fehlende Satz-
zahlangebe vor Satz 2 ergänzt. Die bisherige
Satzzahl 2 wird in Satzzahl 3 geändert.**

Artikel 2 Inkrafttreten; Außerkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Artikel 3 Bekanntmachungserlaubnis

Der Präsident der BTU kann den Wortlaut der Promotionsordnung in der vom Inkrafttreten dieser Satzung an geltenden Fassung im Amtlichen Mitteilungsblatt der BTU bekannt machen.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Fakultätsrates der Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik vom 02. Juli 2014, der Stellungnahme des Gründungssenats vom 17. Juli 2014, der Anzeige an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg mit Schreiben vom 20. August 2014 sowie der Genehmigung durch den Präsidenten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg vom 20. August 2014

Cottbus, 23. Oktober 2014

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. DSc. h.c. Jörg Steinbach
Hon.-Prof. ECUST
Präsident

Neubekanntmachung

Aufgrund des Artikels 3 der Zweiten Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik vom 23. Oktober 2014 wird nachstehend der Wortlaut der Satzung in der ab 24. Oktober 2014 geltenden Fassung bekannt gemacht.

Cottbus, 23. Oktober 2014

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. DSc. h.c. Jörg Steinbach
Hon.-Prof. ECUST
Präsident

Promotionsordnung der Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik

vom 23. Oktober 2014

Nach § 5 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 31 Abs. 3 Satz 5, § 72 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg – Brandenburgisches Hochschulgesetz (BbgHG) vom 28. April 2014 (GVBl. I/14, Nr. 18) – gibt sich die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) folgende Satzung:

Inhalt

§ 1	Allgemeines.....	4
§ 2	Promotionsausschuss	4
§ 3	Voraussetzungen zur Promotion	5
§ 4	Annahme als Doktorandin oder als Doktorand.....	5
§ 5	Annahmeverfahren.....	6
§ 6	Wirkung der Annahme.....	7
§ 7	Erlöschen und Aberkennung des Doktorandenstatus	7
§ 8	Betreuungsverhältnis.....	7
§ 9	Zulassung zur Prüfung	7
§ 10	Dissertation	8
§ 11	Bestellung der Gutachter.....	8
§ 12	Prüfungsausschuss	8
§ 13	Begutachtung der Dissertation	8
§ 14	Ablehnung und Annahme der Dissertation	9
§ 15	Mündliche Prüfung	9
§ 16	Bewertung der Promotionsleistungen	9
§ 17	Veröffentlichung der Dissertation	10
§ 18	Ungültigkeit der Promotion und Entzug des Doktorgrades	11

§ 19	Verleihung des Doktorgrades	11
§ 20	Ehrenpromotion	11
§ 21	Sonderregelung „Co-Tutelle“	11
§ 22	PhD-Ordnung	12
§ 23	Ablehnende Entscheidungen.....	12
§ 24	Inkrafttreten; Außerkrafttreten;	12

§ 1 Allgemeines

(1) ¹Durch die Promotion wird eine über das allgemeine Studienziel hinausgehende Befähigung zu vertiefter wissenschaftlicher Arbeit nachgewiesen. ²Die Befähigung wird aufgrund einer schriftlichen wissenschaftlichen Abhandlung, die auf selbständiger Forschungstätigkeit beruht und einen Fortschritt des Standes der wissenschaftlichen Erkenntnis darstellt (Dissertation), und einer mündlichen Prüfung festgestellt. ³Aufgrund der Promotion wird der Doktorgrad verliehen.

(2) ¹Durch die Fakultät können der Grad

- des Doktors der Ingenieurwissenschaften (Dr.-Ing.),
- des Doktors der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.),
- des Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) und
- des Doktors der Rechtswissenschaften (Dr. jur.)

verliehen werden. ²Der Grad eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) kann in Kooperation mit einer anderen Universität, die zur Verleihung des Grades eines Doktors der Philosophie berechtigt ist, verliehen werden. ³ Der Grad eines Doktors der Rechtswissenschaften (Dr. jur.) kann nur in Kooperation mit einer rechtswissenschaftlichen Fakultät einer anderen Universität, die zur Verleihung des Grades eines Doktors der Rechtswissenschaften berechtigt ist, verliehen werden.

(3) ¹Die Doktorgrade können auch ehrenhalber an Personen, die herausragende wissenschaftliche oder technische Leistungen in einem an der Fakultät gepflegten Gebiet aufweisen, verliehen werden. ²Diese dürfen nicht Mitglieder oder Angehörige der BTU sein. ³Die zu würdigende Leistung muss neuartig sein und zum allgemeinen Fortschritt beitragen. ⁴Es muss ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Wirken der oder des zu Ehrenden einerseits und dem Entstehen der zu würdi-

genden wissenschaftlichen oder technischen Leistungen andererseits bestehen. ⁵Voraussetzung ist ein Bekanntwerden dieser Leistung in der fachlichen und/oder breiten Öffentlichkeit durch entsprechende Publikationen und/oder Vorträge. ⁶Die Beurteilung der Leistung erfolgt auf der Basis von drei Fachgutachten. ⁷Der Doktorgrad nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 wird mit dem Zusatz „E.h.“ (Ehren halber) und die Doktorgrade nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 3 und 4 und Satz 2 werden mit dem Zusatz „h.c.“ (honoris causa) verliehen.

(4) Der Grad eines Doktors der Rechtswissenschaften kann auf dem Fachgebiet des Öffentlichen Rechts erworben werden.

§ 2 Promotionsausschuss

(1) ¹Das zur Unterstützung der Dekanin oder des Dekans für die Durchführung des Promotionsverfahrens zuständige Organ ist der Promotionsausschuss. ²Der Promotionsausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit.

(2) ¹Diesem gehören fünf Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an. ²Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat für die Dauer von zwei Jahren gewählt. ³Der Promotionsausschuss wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. ⁴§ 9 Nr. 3 der Grundordnung der BTU (ABl. 19/2000) findet entsprechende Anwendung.

(3) Der Promotionsausschuss entscheidet über die Annahme der Bewerberin oder des Bewerbers als Doktorandin oder Doktorand, benennt die betreuende Hochschullehrerin oder den betreuenden Hochschullehrer, entscheidet über die Eröffnung des Promotionsverfahrens, bestellt die Gutachterinnen und Gutachter und beruft im Einzelfall die Mitglieder des Prüfungsausschusses.

(4) ¹Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind. ²Konnte der Promotionsausschuss wegen Beschlussunfähigkeit einen Gegenstand nicht behandeln, ist er im weiteren Verfahren bei der Behandlung desselben Gegenstands mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. ³Hierauf ist bei der Einladung hinzuweisen.

§ 3 Voraussetzungen zur Promotion

Voraussetzung für die Promotion ist die Annahme als Doktorandin oder Doktorand (§ 4) sowie die Zulassung zur Doktorprüfung (§ 9).

§ 4 Annahme als Doktorandin oder als Doktorand

(1) Auf Antrag ist als Doktorandin oder als Doktorand anzunehmen, wer

1. einen Abschluss nach einem einschlägigen Universitätsstudium mit einer Regelstudienzeit von wenigstens acht Semestern, für das ein anderer Grad als „Bachelor“ verliehen wird,
2. den Abschluss eines einschlägigen Masterstudienganges im Sinne des § 17 Abs. 3 Satz 2 BbgHG,

oder

3. den an einer Hochschule außerhalb des Geltungsbereichs des Hochschulrahmengesetzes erworbenen gleichwertigen Abschluss eines einschlägigen wissenschaftlichen Hochschulstudiums mit einer Regelstudienzeit von wenigstens acht Semestern einschließlich einer studienintegrierten wissenschaftlichen Abschlussarbeit nachweist.

(2) ¹Inhaber eines Bachelorgrades können auch ohne Erwerb eines weiteren Grades im Wege eines Eignungsfeststellungsverfahrens auf Antrag als Doktorandin oder als Doktorand angenommen werden.

²Das Eignungsfeststellungsverfahren umfasst:

1. Den Nachweis eines besonders qualifizierten Abschlusses. Dieser ist in der Regel gegeben, wenn sowohl die Gesamtnote als auch die Note der Abschlussarbeit (Bachelorarbeit) jeweils „sehr gut“ ist.
2. Den Nachweis der Befähigung zur Promotion durch Gutachten von zwei, im entsprechenden Fachgebiet ausgewiesenen, Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern, von denen mindestens eine oder einer nicht Mitglied der BTU sein darf. Die Bestellung der Gutachterinnen und Gutachter erfolgt durch den Promotionsausschuss. Die Betreuerin bzw. der Betreuer kann hierzu einen Vorschlag unterbreiten.

³Nach Feststellung der Eignung hat die Kandidatin oder der Kandidat eines einschlägigen

Hochschulstudiums mit einer Studiendauer von weniger als acht Semestern sich durch fachspezifische Studien die für die Durchführung der Promotion unabdingbar notwendigen nachzuholenden Fachkenntnisse nachweislich im Notendurchschnitt mit mindestens der Note „gut“ (2,3) anzueignen. ⁴Der Umfang ist so festzulegen, dass eine Gesamtleistung von in der Regel 240 ECTS gewährleistet ist. ⁵Die Festlegung des Inhalts erfolgt auf Vorschlag der Betreuerin oder des Betreuers und ggf. nach Anhörung der Kandidatin oder des Kandidaten durch den Promotionsausschuss. ⁶Die Nachweise der erfolgreichen fachspezifischen Studien sind dem Promotionsausschuss vorzulegen.

(3) ¹Über das Kriterium der Einschlägigkeit und Ausnahmen hiervon entscheidet der Promotionsausschuss. ²Ausnahmen können insbesondere zugelassen werden, wenn die Dissertation von fachspezifischem wissenschaftlichen Interesse ist und die Bewerberin oder der Bewerber über hinreichende fachspezifische Kenntnisse verfügt. ³Diese Voraussetzungen liegen in der Regel vor, wenn die Kandidatin oder der Kandidat die Voten zweier Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer der Fakultät beibringt, in denen unter Darlegung und Würdigung sowohl eines ausgearbeiteten Dissertationskonzepts oder der Dissertation als auch der bisherigen Leistungen der Bewerberin oder des Bewerbers die begründete Prognose abgegeben wird, dass sie oder er die besondere wissenschaftliche Qualifikation nach § 1 Abs. 1 erreichen wird. ⁴Der Promotionsausschuss kann diese Voraussetzungen überprüfen.

(4) ¹Für die Feststellung der Gleichwertigkeit nach Absatz 1 Nr. 3 sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen oder andere zwischenstaatliche Vereinbarungen maßgebend. ²Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. ³Soweit Vereinbarungen nicht vorliegen oder eine weitergehende Anrechnung beantragt wird, entscheidet der Promotionsausschuss über die Gleichwertigkeit. ⁴Abweichende Anerkennungsbestimmungen aufgrund von Vereinbarungen mit ausländischen Partneruniversitäten bleiben davon unberührt.

(5) ¹Bei Vorliegen außergewöhnlicher wissenschaftlicher Leistungen kann der Promotionsausschuss eine Bewerberin oder einen Bewerber auf Antrag von drei Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern der Fakultät auch ohne Erfüllung der Voraussetzungen gemäß Absatz 1 bis 3 als Doktorand annehmen. ²Die Bestätigung der außergewöhnlichen wissenschaftlichen Leistungen ist durch Stellungnahmen von mindestens zwei Gutachtern nachzuweisen, die nicht Mitglieder der BTU sein dürfen.

(6) Als Doktorandin oder als Doktorand ist abzulehnen, wer sich einem Promotionsverfahren mehr als einmal erfolglos gestellt hat, wem der Dokortitel wegen Täuschungsversuchs aberkannt werden musste oder wer wegen eines Täuschungsversuches ein Promotionsverfahren abbrechen musste.

(7) ¹Liegen die in Absatz 1 bis 4 genannten Voraussetzungen für die Annahme als Doktorandin oder als Doktorand vor, kann ein Antrag nur abgelehnt werden, wenn in der Fakultät keine Sachkompetenz für das Arbeitsthema vorhanden ist. ²Die Entscheidung darüber trifft der Promotionsausschuss.

§ 5 Annahmeverfahren

¹Der Antrag auf Annahme als Doktorandin oder Doktorand ist schriftlich an den Promotionsausschuss zu richten. ²Dem Antrag sind die zum Nachweis der Annahmeveraussetzungen nach § 4 erforderlichen Unterlagen beizubringen. ³Von Urkunden, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, kann die Vorlage beglaubigter Übersetzungen verlangt werden.

(2) Dem Antrag sind ferner beizufügen:

1. die Bezeichnung des vorläufigen Arbeitstitels,
2. die Angabe, welcher Doktorgrad angestrebt wird,
3. eine Erklärung darüber, ob ein Hinderungsgrund im Sinne des § 4 Abs. 6 vorliegt,
4. eine Erklärung darüber, durch welche Hochschullehrerin oder welchen Hochschullehrer die Dissertation betreut werden soll,
5. eine Erklärung an Eides Statt darüber, ob bereits früher Promotionsanträge gestellt wurden und mit welchem Ergebnis, gege-

benenfalls unter Angabe des Zeitpunktes, der betreffenden in- oder ausländischen Hochschule, der Fakultät und des Themas der Dissertation.

(3) Die Entscheidung des Promotionsausschusses ist innerhalb einer Frist von drei Monaten zu treffen und der Bewerberin oder dem Bewerber unverzüglich mitzuteilen.

(4) Der Antrag auf Annahme als Doktorandin oder als Doktorand kann nur unter Angabe von Gründen abgelehnt werden.

§ 6 Wirkung der Annahme

¹Mit der Annahme erhält die Bewerberin oder der Bewerber den Doktorandenstatus und ist verpflichtet, sich auf der Grundlage der Immatrikulationsordnung zu immatrikulieren; diese Pflicht gilt nicht im Falle von § 17 Abs. 1 Satz 2 der Immatrikulationsordnung i.d.F. d. Bekanntmachung v. 17.08.2005, ABI. BTU Cottbus 20/2005, S. 7 ff. (16). ²Die Fakultät bietet im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Doktorandin oder dem Doktoranden forschungsorientierte Studien sowie den Erwerb akademischer Schlüsselqualifikationen an und wirkt auf die wissenschaftliche Betreuung hin.

§ 7 Erlöschen und Aberkennung des Doktorandenstatus

(1) Der Doktorandenstatus erlischt mit Abschluss des Promotionsverfahrens, spätestens jedoch nach sechs Jahren, sofern nicht vor Ablauf dieser Frist angezeigt wird, dass das Dissertationsvorhaben fortgesetzt wird.

(2) Wird die Doktorandin oder der Doktorand ihrer oder seiner Mitwirkungsverpflichtung nicht gerecht, oder wird ein schwerwiegendes wissenschaftliches Fehlverhalten festgestellt, kann der Promotionsausschuss nach Anhörung der Doktorandin oder des Doktoranden und der Betreuerin oder des Betreuers (§ 8) den Doktorandenstatus aberkennen.

§ 8 Betreuungsverhältnis

¹Die Arbeit an der Dissertation soll von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer der Fakultät betreut werden. ²Für die Betreuung wird in der Regel vom Promotionsausschuss benannt, wer als Hochschullehrerin oder als Hochschullehrer das Dissertationsthema angeregt oder einen entsprechenden Themenvorschlag der Be-

werberin oder des Bewerbers aufgegriffen hat. ³Der Promotionsausschuss holt die Zustimmung der Bewerberin oder des Bewerbers beziehungsweise der oder des Vorgesetzten ein. ⁴Im Falle des § 1 Abs. 2 Satz 3 muss die Dissertation von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer der BTU betreut werden, die oder der ein rechtswissenschaftliches Fach in Lehre und Forschung vertritt und der oder die die Voraussetzungen des § 41 Abs. 1 Nr. 4 a) BbgHG erfüllt, die in einem Berufungsverfahren nachgewiesen worden sind.

§ 9 Zulassung zur Prüfung

(1) Voraussetzung für die Zulassung der Doktorandin oder des Doktoranden zur Prüfung sind:

1. ein formgerechter Antrag und
2. keine schuldhafte Täuschung über die Voraussetzungen für die Annahme als Doktorandin oder Doktorand oder für die Zulassung zur Prüfung.

(2) ¹Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Promotionsausschuss zu richten. ²Der Antrag muss das Thema der Dissertation und den Namen der Betreuerin oder des Betreuers enthalten. ³Dem schriftlichen Antrag sind beizufügen:

1. eine tabellarische Darstellung des Lebens- und Bildungsganges der Doktorandin oder des Doktoranden,
2. vier gebundene Exemplare der Dissertation nach § 10 Abs. 1 in einer für den Druck vorbereiteten Form mit maschinengeschriebenem Text,
3. je ein Belegexemplar etwaiger Vorveröffentlichungen,
4. eine Erklärung an Eides Statt, dass die Doktorandin oder der Doktorand die Dissertation selbständig verfasst und alle in Anspruch genommenen Hilfsmittel in der Dissertation angegeben hat,
5. eine Erklärung, dass die Veröffentlichung der Dissertation bestehende Schutzrechte nicht verletzt.

(3) Der Antrag kann bis zehn Tage vor der mündlichen Prüfung zurückgenommen werden, sofern das Verfahren nicht bereits durch eine ablehnende Entscheidung beendet wurde.

§ 10 Dissertation

(1) ¹Die Doktorandin oder der Doktorand verfasst in deutscher oder englischer Sprache eine Dissertation. ²Die Sprache ist im Einvernehmen mit der betreuenden Hochschullehrerin oder dem betreuenden Hochschullehrer festzulegen.

(2) ¹Die Dissertation beruht auf selbständiger Forschungstätigkeit und stellt einen Fortschritt des Stands der wissenschaftlichen Erkenntnis dar. ²Arbeiten aus früheren Prüfungen dürfen nicht verwendet werden.

(3) Bereits veröffentlichte Arbeiten können Bestandteil der Dissertation sein, wenn die Doktorandin oder der Doktorand als Erstautorin oder Erstautor genannt und ihr oder sein Anteil an den in der Publikation dargestellten Ergebnissen deutlich erkennbar ist.

§ 11 Bestellung der Gutachter

(1) ¹Der Promotionsausschuss bestellt für die Prüfung der Dissertation mindestens zwei Gutachterinnen oder Gutachter, von denen mindestens eine oder einer der Fakultät angehören muss. ²Wird eine Gutachterin oder ein Gutachter aus einer anderen Fakultät oder Einrichtung bestellt, ist die dortige Leitung zu unterrichten. ³Als Gutachterinnen und Gutachter werden in der Regel bestellt:

1. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
2. außerplanmäßige Professorinnen oder Professoren,
3. Honorarprofessorinnen oder Honorarprofessoren,
4. Gastprofessorinnen oder Gastprofessoren und
5. Privatdozentinnen oder Privatdozenten. Privatdozentinnen oder Privatdozenten können nur Gutachterinnen oder Gutachter sein, wenn seit ihrer oder seiner Habilitation in der Regel mindestens zwei Jahre verstrichen sind.

(2) Die Betreuerin oder der Betreuer muss eine oder einer der Gutachterinnen oder Gutachter sein.

(3) ¹Abweichend von Abs. 1 Satz 1 bestellt der Promotionsausschuss für die Prüfung der Dissertation in Verfahren nach § 1 Abs. 2 Satz 3 mindestens zwei Gutachterinnen oder Gutach-

ter, von denen mindestens eine oder einer an der BTU ein rechtswissenschaftliches Fach in Lehre und Forschung vertritt. ²Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 12 Prüfungsausschuss

(1) ¹Der Promotionsausschuss bestellt nach der Zulassung zur Prüfung den Prüfungsausschuss. ²Dieser bewertet die Promotionsleistungen und entscheidet über die Promotion.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören an:

1. die Gutachterinnen und Gutachter,
2. eine gleiche Zahl von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, von denen eine oder einer durch den Promotionsausschuss dazu bestimmt wird, den Vorsitz im Prüfungsausschuss zu führen,
3. eine akademische Mitarbeiterin oder ein akademischer Mitarbeiter mit abgeschlossener Promotion als Beisitzerin oder Beisitzer mit beratender Stimme.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend ist. ²Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 13 Begutachtung der Dissertation

(1) ¹Die Gutachterinnen und Gutachter erstatten dem Promotionsausschuss ihr Gutachten mit einer Bewertung der Arbeit nach den in § 16 Abs. 1 genannten Noten. ²Der Promotionsausschuss leitet die Gutachten den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu. ³Legt eine Gutachterin oder ein Gutachter das Gutachten nicht innerhalb von drei Monaten vor, soll der Promotionsausschuss eine andere Gutachterin oder einen anderen Gutachter bestellen.

(2) ¹Die Gutachten und die Dissertation werden im Dekanat zur Einsichtnahme für den in § 11 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 genannten Personenkreis der Fakultät ausgelegt. ²Dies wird durch Rundschreiben bekannt gegeben. ³Die Auslegungsdauer beträgt zwei Wochen während der Vorlesungszeit bzw. sechs Wochen während der vorlesungsfreien Zeit. ⁴Einwände gegen die Gutachten und die Dissertation sind mit Ablauf des zweiten Werktags nach dem Ende der

Auslegedauer schriftlich oder in elektronischer Form einzureichen. ⁵Der Einwand ist an den Promotionsausschuss zu richten, der diesen dem Prüfungsausschuss zur Stellungnahme vorlegt. ⁶Einwendende sind als Beteiligte anzusehen.

(3) ¹Jede Gutachterin oder jeder Gutachter kann ein positives Urteil über die Dissertation davon abhängig machen, dass die Doktorandin oder der Doktorand durch Verbesserung oder Ergänzung der Dissertation Beanstandungen Rechnung trägt. ²Zu diesem Zweck kann die Dissertation im Einvernehmen zwischen der Gutachterin oder dem Gutachter und der Doktorandin oder dem Doktoranden zur Überarbeitung zurückgegeben werden. ³Wird die überarbeitete Dissertation wieder vorgelegt, beginnt die Frist nach Absatz 1 erneut zu laufen. ⁴Lehnt die Doktorandin oder der Doktorand eine Überarbeitung ab oder kommt sie oder er der Aufforderung innerhalb der von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses zu setzenden Frist nicht nach, so ist das ursprüngliche Urteil zu erstaten.

§ 14 Ablehnung und Annahme der Dissertation

(1) ¹Der Prüfungsausschuss lehnt die Dissertation als Promotionsleistung ab, wenn zwei oder mehr Gutachterinnen oder Gutachter sie mit „nicht ausreichend“ bewerten. ²Gleiches gilt, wenn ein Gutachten auf „nicht ausreichend“ lautet und nicht mindestens in einem Gutachten die Dissertation besser als „ausreichend“ bewertet wurde. ³Im zuletzt genannten Fall muss der Promotionsausschuss eine weitere Gutachterin oder einen weiteren Gutachter bestellen.

(2) Der Prüfungsausschuss lehnt die Dissertation als Promotionsleistung ab, wenn die Doktorandin oder der Doktorand sich eines Täuschungsversuches schuldig gemacht hat.

(3) Lehnt der Prüfungsausschuss die Dissertation als Promotionsleistung ab, so ist das Promotionsverfahren beendet.

(4) Wurde die Dissertation als Promotionsleistung abgelehnt, so kann die Doktorandin oder der Doktorand einmalig mit einem anderen Dissertationsthema die Durchführung eines Promotionsverfahrens an der Fakultät beantragen.

(5) In allen anderen Fällen nimmt der Prüfungsausschuss die Arbeit an.

§ 15 Mündliche Prüfung

(1) ¹Ist die Arbeit angenommen, legt der Prüfungsausschuss den Termin der mündlichen Prüfung fest. ²Die mündliche Prüfung findet frühestens eine Woche nach Ende der Auslegfrist öffentlich in deutscher oder englischer Sprache (§ 10 Abs. 1 gilt entsprechend) statt. ³Ort und Zeit sind durch Rundschreiben den Beteiligten bekannt zu geben. ⁴Zusätzlich wird der Prüfungstermin durch Aushang allen Mitgliedern der Fakultät bekannt gegeben.

(2) ¹Die mündliche Prüfung kann nur in Anwesenheit von mindestens 2/3 der Mitglieder des Prüfungsausschusses stattfinden. ²Der Promotionsausschuss kann im Verhinderungsfall eines Mitglieds eine Vertreterin oder einen Vertreter benennen. ³Die Doktorandin oder der Doktorand stellt zunächst in einem Vortrag von 30 Minuten Dauer ihre oder seine Dissertation vor. ⁴Daran schließt sich die wissenschaftliche Aussprache an. ⁵Die Aussprache hat eine Dauer von mindestens 40 Minuten. ⁶Über den Gang der mündlichen Prüfung ist von der Beisitzerin oder dem Beisitzer ein Protokoll aufzunehmen, das die Namen der Mitglieder des Prüfungsausschusses, die Dauer der Prüfung, einen Überblick über die Gegenstände der Diskussion, die Prüfungsleistung und die Noten enthalten muss. ⁷In der Aussprache werden Kenntnisse verlangt, die eine eingehende selbstständige Beschäftigung mit dem Wissenschaftsgebiet der Dissertation und die Vertrautheit mit dem Stand der Forschung erkennen lassen.

(3) ¹Wird der Termin für die mündliche Prüfung ohne ausreichend nachgewiesenen Grund versäumt, so gilt die mündliche Prüfung als nicht bestanden. ²Wird die mündliche Prüfung nicht bestanden, kann sie einmal wiederholt werden.

§ 16 Bewertung der Promotionsleistungen

(1) Die stimmberechtigten Mitglieder des Prüfungsausschusses bewerten die mündliche Prüfungsleistung jeweils getrennt mit den Noten: sehr gut (1), gut (2), befriedigend (3), ausreichend (4), nicht ausreichend (5). Zwischennoten (Auf- oder Abwertung um 0,3) sind zulässig.

(2) ¹Nach der mündlichen Prüfung bildet der Prüfungsausschuss in nichtöffentlicher Sitzung eine Gesamtnote. ²Sie ergibt sich zu 2/3 aus dem arithmetischen Mittel der Noten, mit denen die schriftliche Leistung und zu 1/3 aus dem arithmetischen Mittel, mit denen die mündliche Leistung bewertet wurde. ³Ergeben sich bei der Berechnung der Gesamtnote Bruchteile, so wird die Gesamtnote durch Rundung ermittelt. ⁴Dabei sind maximal zwei Kommastellen zu berücksichtigen.

(3) ¹Auf der Basis der hieraus berechneten Gesamtnote werden die zulässigen Prädikate „magna cum laude“ (sehr gut), „cum laude“ (gut) und „rite“ (bestanden) entsprechend folgender Zuordnung vergeben:

Note x	Prädikat
1,00 ≤ x < 1,50	magna cum laude
1,50 ≤ x < 2,50	cum laude
2,50 ≤ x	rite

²Bei einer Gesamtnote von 1,00 kann der Prüfungsausschuss durch einstimmigen Beschluss das Prädikat „summa cum laude“ (mit Auszeichnung) vergeben.

(4) Die Doktorandin oder der Doktorand kann nur promoviert werden, wenn sowohl die schriftliche Arbeit als auch die mündliche Prüfung bei getrennter Bewertung mit mindestens der Note ausreichend (4) bewertet worden sind.

(5) Das Ergebnis der Prüfung, die Bewertung der Dissertation und der mündlichen Prüfung sowie die Gesamtnote der Promotion werden der Doktorandin oder dem Doktoranden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses nicht öffentlich bekannt gegeben.

§ 17 Veröffentlichung der Dissertation

(1) ¹Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Doktorprüfung bestanden, so muss sie oder er die Dissertation vor ihrer Veröffentlichung der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Erteilung des Druckreifevermerks vorlegen. ²Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses erteilt im Einvernehmen mit den Gutachterinnen und Gutachtern den Druckreifevermerk, nachdem ggf. verfügte Auflagen erfüllt sind. ³Die vorzulegenden Ausfertigungen der Dissertation

müssen ein besonderes Titelblatt mit den Angaben nach dem Muster des Anhangs 1 der Promotionsordnung tragen.

(2) Die Fakultät ist berechtigt, von der Bewerberin oder dem Bewerber zu verlangen, dass sie oder er

- ihrer oder seiner Dissertation eine Zusammenfassung im Umfang von nicht mehr als einer DIN A 4-Seite beifügt und der Hochschule das Recht überträgt, diese Zusammenfassung zu veröffentlichen oder einem Verlag bzw. einer Datenbank anzubieten,
- Titel, Untertitel, Zusammenfassung und gegebenenfalls Bildunterschriften in zwei Sprachen (im Allgemeinen in deutscher und englischer Sprache) verfasst.

(3) ¹Die Doktorandin oder der Doktorand ist verpflichtet, die Dissertation in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit durch Vervielfältigung und Veröffentlichung zugänglich zu machen. ²Die Dissertation ist in zur Veröffentlichung genehmigter Form spätestens ein Jahr nach der mündlichen Prüfung gedruckt vorzulegen. ³In angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht ist die Dissertation dann, wenn

entweder

- a) von der gedruckten Dissertation der Universitätsbibliothek der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg 20 Exemplare unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden,

oder

- b) der Nachweis der Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift oder in einem Sammelband erbracht wird und zwei Sonderdrucke in der Universitätsbibliothek abgeliefert werden,

oder

- c) die Verbreitung über den Buchhandel durch einen gewerblichen Verleger mit einer Mindestauflage von 150 Exemplaren nachgewiesen und auf der Rückseite des Titelblattes die Veröffentlichung als Dissertation unter Angabe der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg als Dissertationsort ausgewiesen wird, sowie die Ablieferung von weiteren 15 unentgeltlichen Exemplaren der gedruckten und gebundenen Dissertation an die Universitäts-

bibliothek erfolgt. ⁴Der Nachweis der Verbreitung kann auch von sogenannten Print-on-Demand (PoD) Verlagen ausgestellt sein,

oder

d) eine elektronische Version, deren Datenformat und deren Datenträger mit der Universitätsbibliothek abzustimmen sind und weitere fünf gedruckte und gebundene Exemplare an die Universitätsbibliothek übergeben werden.

⁵Die Doktorandin oder der Doktorand versichert an Eides statt die Übereinstimmung der elektronischen mit der gedruckten Version.

⁶Im Fall von a) verpflichtet sich die Universitätsbibliothek, die überzähligen Tauschexemplare für mindestens vier Jahre in angemessener Stückzahl aufzubewahren. ⁷In den Fällen a) und d) überträgt die Doktorandin oder der Doktorand der BTU das Recht, im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben der Universitätsbibliothek, weitere Kopien von ihrer oder seiner Dissertation herzustellen und zu verbreiten bzw. in Datennetzen zur Verfügung zu stellen. ⁸Das Titelblatt mit den Angaben ist nach dem Muster des Anhangs zur Promotionsordnung auszufertigen.

(4) ¹In begründeten Ausnahmefällen kann die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Frist zur Ablieferung der Pflichtdrucke verlängern. ²Versäumt die Bewerberin oder der Bewerber die ihr oder ihm gesetzte Frist, so erlöschen alle durch die Prüfung erworbenen Rechte.

§ 18 Ungültigkeit der Promotion und Entzug des Doktorgrades

(1) ¹Der Promotionsausschuss kann das Verfahren in jedem Stadium abbrechen oder den Vollzug der Promotion verweigern, wenn sich vor der Verleihung des Doktorgrades herausstellt, dass die Doktorandin oder der Doktorand in dem Verfahren in wesentlichem Umfang getäuscht hat oder wesentliche Voraussetzungen für die Annahme als Doktorandin oder Doktorand nicht vorliegen. ²Während eines Ermittlungs-, eines Strafverfahrens oder einer Strafverbüßung wegen einer Straftat, welche die Unwürdigkeit einer Doktorandin oder eines Doktoranden zur Folge hat, ruht das Promotionsverfahren.

(2) ¹Der Doktorgrad kann nachträglich aberkannt werden, wenn sich herausstellt, dass die Verleihung der Doktorwürde rechtswidrig war, insbesondere, wenn sich herausstellt, dass der Doktorgrad durch Täuschung erlangt worden ist. ²Über die Entziehung entscheidet der Fakultätsrat mit der Mehrheit seiner Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer auf Antrag des Promotionsausschusses. ³Die Doktorurkunde ist einzuziehen oder auf andere Weise verkehrsunfähig zu machen.

(3) Die Ungültigkeit der Promotionsleistungen oder die Entziehung des Doktorgrades wird von der BTU allen deutschen Hochschulen mit Promotionsrecht mitgeteilt.

§ 19 Verleihung des Doktorgrades

(1) ¹Über den erfolgreichen Abschluss des Promotionsverfahrens wird eine von der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät und der Präsidentin oder dem Präsidenten der BTU unterzeichnete Urkunde ausgestellt. ²Näheres regelt die Richtlinie für die Ausfertigung von Abschlussdokumenten.

(2) Der Doktorgrad darf erst nach Aushändigung der Urkunde geführt werden.

§ 20 Ehrenpromotion

(1) ¹Die Verleihung der Ehrendoktorwürde setzt einen Antrag voraus, den mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Promotionsausschusses gestellt haben. ²Sie erfolgt durch Beschluss des Fakultätsrates auf Vorschlag des Promotionsausschusses.

(2) ¹Die Dekanin oder der Dekan vollzieht den Beschluss durch Aushändigung der Doktorurkunde. ²Das Recht zur Führung des Ehrendokortitels wird durch die Aushändigung der Urkunde begründet.

§ 21 Sonderregelung „Co-Tutelle“

¹Für gemeinsame Promotionsverfahren mit anderen Einrichtungen, z. B. für internationale Promotionen, können von dieser Promotionsordnung abweichende Regelungen getroffen werden, die den Bestimmungen der Partneruniversität Rechnung tragen und dem Charakter dieser Promotionsordnung nicht widersprechen. ²Die Regelungen gelten für den speziellen Fall und müssen jeweils vom Fakultätsrat bestätigt werden.

§ 22 PhD-Ordnung

Den Ablauf des PhD-Programms regelt die PhD-Ordnung.

§ 23 Ablehnende Entscheidungen

¹Ablehnende Entscheidungen nach dieser Ordnung sind zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Promotionsausschusses, in den Fällen des § 20 Abs. 2 durch die Dekanin oder den Dekan schriftlich bekannt zu geben. ²Über einen Widerspruch entscheidet der Fakultätsrat, sofern ihm nicht bereits vom Promotionsausschuss abgeholfen wird. ³Bereits eingereichte Unterla-

gen, Exemplare der Dissertation sowie die Gutachten bleiben bei den Akten der Fakultät.

§ 24 Inkrafttreten; Außerkrafttreten

(1) ¹Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. ²Auf bereits eröffnete Promotionsverfahren findet die neue Satzung ebenfalls Anwendung.

(2) Die Promotionsordnungen vom 25. April 2007 (Abl. 13/2007) und vom 02. November 2011 (Abl. 02/2012) treten außer Kraft.

Anlagen:

Anlage: Muster der Titelblätter bei Dissertationen

Anlage

Muster der Titelblätter bei Dissertationen

Titelblatt der Dissertationsausfertigung beim Einreichen des Promotionsantrages

- DIN A 4 -

_____ *Titel der Dissertation* _____

Der Fakultät für Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg vorgelegten Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktor-Ingenieurs (o. a. Titel nach § 1 Abs. 2)

von

Diplom-Ingenieur

(o. a. akademischer Hochschulgrad oder im Ausland erworbener akademischer Grad)

.....
(Vorname Name, ggf. Geburtsname)

aus.....
(Geburtsort, ggf. nähere Bezeichnung der geographischen Lage des Geburtsortes)

Titelblatt bei der Ablieferung der vorgeschriebenen Pflichtexemplare nach bestandener Doktorprüfung

- DIN A 4 -

_____ **Titel der Dissertation** _____

Von der Fakultät für Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktor-Ingenieurs (o. a. Titel nach § 1 Abs. 2) genehmigte Dissertation

vorgelegt von

Diplom-Ingenieur

(o. a. akademischer Hochschulgrad oder im Ausland erworbener akademischer Grad)

.....
(Vorname Name, ggf. Geburtsname)

aus.....
(Geburtsort, ggf. nähere Bezeichnung der geographischen Lage des Geburtsortes)

Gutachter: _____
Gutachter: _____
Tag der mündlichen Prüfung: _____